

Aussprache mit den Referenten

Frage

Ich bin in Ostpreußen, in Deutsch Eylau, geboren, meine Frage: Sie sagen hier immer, wir haben die deutsche Wiedervereinigung. Ich frage nur, wo haben wir sie denn eigentlich, denn kein Ostpreuße, kein Vertriebener, ist jemals gefragt worden, ob er auf seine Heimat verzichten möchte. (Applaus)

Damals gab es den Bund der Vertriebenen. Da haben die Parteien gesagt, kommt mal zu uns, wir vertreten Euch, aber das haben sie nie getan. Sie haben die Vertriebenen betrogen. Und noch eine Frage an Sie, Professor Aden: Sie haben gesagt, Herr Kohl sei ein guter Mensch gewesen und habe viel für die deutsche Wiedervereinigung getan. Er hat gar nichts gemacht. Er konnte ja gar nichts machen, weil 17 Millionen Menschen damals hier in den Westen gekommen wären. Um das zu verhindern, haben die Westmächte ja der Teilwiedervereinigung zugestimmt. Außerdem hat Herr Kohl bei der letzten Wahl noch alle belogen. Er hat einfach den Euro eingeführt, hat das deutsche Volk gar nicht abstimmen lassen, ob wir überhaupt den Euro haben wollten oder nicht. (Applaus)

Menno Aden

Dazu darf ich sagen: Ich bin hier nicht angetreten, um für den ehemaligen Bundeskanzler Kohl einzutreten. Das wäre ein ganz anderes Thema. Ich gebe Ihnen recht, dass erhebliche Fehler gemacht wurden. Dazu eine kleine Anekdote: Zwei Jahre vor der Wiedervereinigung hatte ich Gelegenheit, mit dem Staatssekretär des Bundesministeriums für Innerdeutsche Zusammenarbeit zu sprechen. Ihm habe ich wörtlich die Frage gestellt: „Welche Vorbereitungen sind getroffen worden für den Fall der Wiedervereinigung? Ich denke zum Beispiel an Verkehrswege, an das Rechtswesen, das mir ja besonders am Herzen liegt.“ Die Antwort dieses Herren Staatssekretärs war: „Äh, wieso, das kann doch nicht, das ist doch, was soll diese Frage.“ Schauen Sie mal, das sind Fehler, die sich dann natürlich 1990 stark ausgewirkt haben. Dennoch bin ich überzeugt, gut, dafür würde ich mich nicht erschießen lassen, aber ich bin fest davon überzeugt, dass der Bundeskanzler angesichts der gesamteuropäischen Situation ein sehr, sehr enges Zeitfenster hatte. Da muss ich Sie nun wirklich bitten, sich einmal ausländische Zeitungen und Stellungnahmen aus dieser Zeit anzuschauen. Frau Thatcher war unterwegs, um die Wiedervereinigung zu hintertreiben. Mitterand, der angeblich so treue Freund Kohls, war in der Ukraine, damals noch Sowjetunion, um die Wiedervereinigung zu hintertreiben. Kohl hat damals den Mut gehabt, dieses Zehn-Punkte-Papier zu schreiben, ohne seine Westalliierten zu fragen. Das wurde ihm ja sofort, von der SPD übrigens, vorgeworfen. Die SPD in der Person Lafontaines hat

doch damals gesagt: Die Wiedervereinigung geht nicht, sie ist viel zu teuer, die kostet uns 100 Milliarden Mark. 100 Milliarden Mark meinte er, das sei viel zu teuer. Kohl hat einiges auf sich genommen, da muss ich Sie nun wirklich bitten, auch gerecht zu sein. Dass manche Fehler gemacht worden sind, und diese Geschichte mit der angeblichen Zusage an Gorbatschow, die Enteignung nicht rückgängig zu machen, ja, da habe ich, ehrlich gesagt, auch Zweifel, ob das so seine Richtigkeit hatte; das ist aber ein Thema für sich. Aber ich bitte Sie, lassen Sie uns doch auch ernst, auch ehrlich sein. Stichwort: „Blühende Landschaften“. Ja, wann waren Sie das letzte Mal in der ehemaligen DDR, und, waren Sie mal vor der Wiedervereinigung in der DDR? Es ist doch eigentlich eine Unverschämtheit in Abrede zu stellen, dass sich unglaublich viel getan hat. Die Vereinigung hat 1.000 Milliarden Mark gekostet und sie haben dort die besten Straßen, das Telefonnetz funktioniert, die Häuser sind renoviert. Ich kann das Klagen nicht mehr hören. Ich halte es für eine Undankbarkeit von uns Deutschen, ich will gar nicht von West und Ost sprechen, eine Undankbarkeit von uns Deutschen, dass wir eine Vereinigung, die uns wider alles Erwarten in den Schoß gefallen ist, an die kein Mensch mehr geglaubt hat, so schlecht machen. Wir haben es geschafft oder bekommen, und wenn ich jetzt von Mitteldeutschen höre, es täte ihnen alles so schrecklich leid und das Leben sei so schwer, da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Solch ein schweres Leben, wie es unsere mitteldeutschen Landsleute haben, das hätten 80 Prozent der Weltbevölkerung gerne.

Veranstalter

Wir sollten jetzt bitte Fragen stellen zu Dingen, die uns in die Zukunft bringen.

Frage

Ich habe dennoch eine Frage an Sie, Professor Aden, zu dem, was Sie zuletzt gesagt haben. Kann ich zu den Inhalten noch etwas fragen?

Veranstalter

Ja, bitte, wenn es in die Zukunft führt, aber nicht zur Geschichte. Das bringt uns jetzt nicht weiter. Wir müssen auch gerecht in unserer jüngsten Geschichte sein, nicht nur gegenüber der Kriegsgeneration. Die Menschen, auch Kohl oder Genscher oder wer auch immer, die während der Wende verantwortlich agiert haben, taten es unter den Bedingungen ihrer Zeit, die sie so oder so beurteilen mussten oder konnten. Und es ist unfair, jetzt ständig darauf rumzureiten. Ich habe auch erhebliche Zweifel, ob es nicht hätte besser laufen können, aber das ist jetzt nicht unser Thema. Unser Thema ist: Wie kann Deutschland die Zukunft meistern? Dazu bitte ich um Fragen.

Beitrag

Ich will mein Bestes versuchen, aber eines kann ich vorausschicken. Für mich ist die Vergangenheit Voraussetzung für die Zukunft. Ich kann den Strich, den Sie zwischen Vergangenheit und Zukunft ziehen wollen, insofern nur sehr bedingt akzeptieren. Und ich kann auch nur sehr bedingt den Ausführungen von Prof. Aden folgen. Aber vielleicht liegt es daran, dass er mehr Informationen hat als ich. Ich fasse mich kurz: Herr Prof. Aden, Sie haben Herrn Kohl so dargestellt, als sei er ein guter Vater gewesen, dem wir zu Dank verpflichtet sind. Ich verstehe nicht, wie ein Vater seine Landeskinder so behandeln kann, wie es in diesem zweiten Enteignungsprozess geschehen ist. Ich verstehe auch nicht, Sie werden es mir erklären, wieso die schönen Straßen, die von westdeutschen Steuergeldern finanziert wurden, und die guten Telefonleitungen ein Ausweis sind für ein intaktes Gemeinwesen. Ich glaube, dass die materielle Welt die Ausformung der seelischen und geistigen Verfassung ist. Und da liegt vieles sehr im Argen in diesen wunderschön blühenden Landschaften, von denen Sie sprechen, und die Sie auf Oberflächenphänomene reduzieren, was mich sehr wundert, da Sie ja doch ein geistiger Mensch sind. (Applaus)

Frage

Herr Kohl hat während seiner Tätigkeit für die Wiedervereinigung doch nicht alleine, autoritativ gehandelt, sondern selbstverständlich im Verbund der internationalen Politik. Darf ich an Sie, Herr Prof. Aden, die Frage stellen: Welche Rolle hat zum Beispiel die Mitgliedschaft von Herrn Kohl in internationalen Großlogen wie der rein jüdischen B'nai Brith?

Menno Aden

Ganz kurz: Zum zweiten Punkt weiß ich nichts. Zum ersten: Wir überschätzen auch den Staat. Der Staat, die Bundesrepublik Deutschland, damals Westdeutschland, hat den Rahmen dafür geschaffen, dass in der ehemaligen DDR ein neues Leben entstehen kann. Jeder von uns weiß, dass wir uns erheblich geirrt haben, welche enormen geistigen Verwirrungen und Verwerfungen in der DDR entstanden waren. Aus meinem Erleben als Kirchenpräsident in Mecklenburg glaube zu wissen, wovon ich spreche.

Das konnte der Bundeskanzler Kohl nicht in Ordnung bringen. Das muss das deutsche Volk in eigener Verantwortung machen. Das ist nicht die Aufgabe des Bundeskanzlers, das ist auch nicht die Aufgabe der Politiker. Politiker haben den Rahmen zu schaffen, und der ist geschaffen worden und zwar in einer Weise, die Neid erregt. In meinen verschiedenen Lehr- und Beratungstätigkeiten im Ausland, wird mir immer wieder gesagt: Großartig, wie ihr das gemacht habt; innerhalb von wenigen Jahren habt ihr ein Land wieder hoch gebracht. Also, ich bitte Sie, gerecht zu sein.

Frage

Ich möchte noch einmal eine Frage an Herrn Nitzsche stellen. Sie haben ja vieles angesprochen. Sie machen vieles, um einiges in Ostdeutschland zu korrigieren – auf lokaler Ebene. Wie kann man aber unsere Landtags-, aber vor allem unsere Bundestagsabgeordneten dazu bringen, die ja offensichtlich völlig unbeeindruckt sind von dem, was Menschen mehrheitlich denken. Übrigens auch in Fragen der Geschichte und ähnlichen Dingen. Wenn man unter vier oder wenigen Augen spricht, ist es ganz anders als das, was offiziell immer verkündet wird. Womit kann man sie packen. Wie kann man sie dazu bringen, von dieser eingefahrenen politischen Korrektheit wegzugehen und wirklich etwas für die Sache zu tun?

Henry Nitzsche

Diese Frage stelle ich mir jeden Morgen zusammen mit meiner Frau. Ich hab einen guten Freund, der ist noch in der CDU. Unter vier Augen sagt er mir, „Henry du hast recht, du hast Mut, aber ich weiß nicht, was mit mir passiert und ich weiß nicht, was die Zukunft bringt. Ich habe Kinder.“ Naja, die habe ich auch. Aber ich habe mir mal ausgerechnet, wann ich denn meine Meinung sagen könnte – wenn ich meine Kredite abgezahlt hätte. Da wäre ich dann 84. Da habe ich gesagt: Das tue ich mir nicht mehr an. Wir sind aufrechte Christen und wir sagen unsere Meinung. Jetzt muss ich noch einen kleinen Satz zu Ihnen sagen. Punkt 1: Ostdeutschland ist nach dem Krieg verloren gegangen. Punkt 2: Wir sind Mitteldeutschland. Punkt 3: Sie haben Recht, Sie haben Recht. Wir haben das Spitzen-Telefonnetz, wir haben ein wirklich gutes Autobahnnetz, wir haben gute Straßen, wir haben alles. Aber wissen Sie, was vergessen wurde? Wir haben nie in die Menschen investiert. Die Menschen, entweder arbeiten sie bei Aldi, in Nürnberg oder hier oben oder in Bayern. Die laufen uns weg, weil wir deindustrialisiert worden sind. Wir haben nichts mehr! Das ist sehr schlimm, aber das ginge ja immer noch. Doch wir haben die Menschen intellektuell nicht mitgenommen. Sie wissen nicht mal, was ein Grundgesetz ist. Sie wissen gar nichts, woher sollen die es denn auch wissen? Ja, gut, die Schüler die sind jetzt schon langsam amerikanisch verblödet. (Applaus) Ich muss bekennen: ich kann Ihnen auf diese Frage keine Antwort geben. Unter vier Augen sagen mir viele Abgeordnete: „Eigentlich hast du Recht.“ Aber sind Sie zu mehreren, dann sagen sie: „Mmm mmm“. Die schlimmste Veranstaltung war für mich immer jeden Montag die Landesgruppe. Da mussten wir uns so wie in der FDJ sagen: „Hier ist der Generalsekretär und der hat immer Recht.“ Und ich sage Ihnen, dafür bin ich nie auf die Straße gegangen. Kohl hin, Kohl her. Wir waren doch die Dämels, die '89 gegen die MPis gerannt sind. (Applaus) Und wir wissen: wir haben die Vereinigung Gorbatschow zu verdanken. Wenn Gorbatschow „njt“ gesagt hätte, so wäre

es das gewesen, und da wäre kein Kohl und sonst wer dagegen angekommen. Als Bürgermeister habe ich mich gefreut. Wir hatten Geld ohne Ende in den neuen Bundesländern. Ich sagte: „Ich will gar kein Geld mehr haben.“ Aber jetzt, jetzt wird es *die* Frage in Deutschland sein, und da können wir nicht auf europäische Lösungen vertrauen. Darauf zu vertrauen, ist für mich das Schlimmste, was es gibt. (Applaus) Ich sage noch mal voller Stolz als Sachse: Wir waren die einzigen, die gegen den Maastricht-Vertrag gestimmt haben. Kurt Biedenkopf hatte da das richtige Händchen.“ (Applaus) Im Bundesrat waren wir die einzigen. Das hilft uns aber leider jetzt nicht.

Wenn wir es mit dem Gutachten von Prof. Schachtschneider nicht schaffen, wenn wir es nicht schaffen, diese Entscheidung in Frage zu stellen, dann wird mir sehr bange um Deutschland. (Applaus) Man kann auch nicht sagen, die Entwicklungen seien eben so, wir seien doch noch nicht ganz so schlimm dran wie Frankreich, dort sei es noch schlimmer. Liebe Leute, man kann sich doch nicht immer an schlimmen Beispielen orientieren. So geht das nicht weiter. (Applaus)

Karl Albrecht Schachtschneider

Darf ich zu der Kohl-Diskussion aus meinen Kenntnissen und den Prozessen etwas sagen? Schönen Dank für die Anregung. Ich war stolz darauf, dass mich Kurt Biedenkopf unmittelbar, nachdem wir die Klage gegen die Währungsunion eingereicht hatten, angerufen hat. Er hatte das ganze Wochenende gelesen; denn die Klageschrift war ein dickes Buch von fast 400 Seiten. Und dann hat er mich um ein Gutachten über seine Rechte im deutschen Bundesrat gebeten. Das habe ich ihm auch gemacht, und er hat sich immerhin der Stimme enthalten. Ich gratuliere, das war ein Politiker, der jeden Respekt verdiente. Zu Kohl will ich nur drei kurze Anmerkungen aus meiner Kenntnis der Dinge sagen. Das Erste ist die Währungsunion: Die hat er betrieben wie kein anderer. Natürlich weil die Franzosen das wollten und weil Andreotti das wollte und aus Gründen, die wir alle kennen. Die Währungsunion hat Deutschland unendlich geschadet. Sie schadet Deutschland weiter (Aplaus). Was sie uns kostet – ich habe das hier aus Zeitgründen nicht ansprechen können – ist ungeheuerlich. Es ist völlig untragbar, für völlig heterogene Volkswirtschaften die gleiche Zinspolitik zu machen, die gleiche Währung zu haben. Es gibt keine Aufwertung, keine Abwertung. Wir leiden darunter, aber viel mehr leiden darunter – diese Entwicklung nach einer gewissen Zeit war abzusehen – nach anfänglichen Vorteilen Italien, Portugal, Spanien, Griechenland. Die sind am Ende ihrer Wettbewerbsfähigkeit und können es nicht mehr aushalten. Die Transferleistung über den Finanzmarkt seitens Deutschlands betragen, berechnet von Volkswirten, 3 bis 5 % des deutschen Bruttosozialprodukts. Der Schaden ist unermesslich und daran wird auch der an sich gute Europagedanke schwer

leiden, möglicherweise völlig scheitern. Das ist Helmut Kohl zu verdanken. Weiterhin ist ihm der Einigungsvertrag zu verdanken. Nachdem nach meinem Wissen (und da habe ich ganz gute Informationen) Michael Gorbatschow und George Bush der Ältere auf Malta die deutsche Einheit nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems vereinbart hatten, wurde sie durchgeführt, und Kohl hat es nicht vermocht, das in die Länge zu ziehen. Er hat dann „ja“ gesagt und mit der Zahlung von 110 Milliarden DM an die Sowjetunion die deutsche Einheit auch erreicht. Dabei hat er mit Genscher im 2 + 4 -Vertrag auf wesentliche Teile Deutschlands verzichtet. Nachdem jahrzehntelang die Politik propagierte: „Dreigeteilt – niemals!“, war das beendet. Das kann man völkerrechtlich und völkerpolitisch gutheißen. Nicht gutheißen kann man, was dabei verloren gegangen ist: das Eigentum, der Grundstückseigentümer sowohl in der früheren DDR als auch in den Ostgebieten. Denn es ist klar, völkerrechtlich, dass es keine Völkerrechtspolitik zu Lasten der privaten Eigentümer geben darf. Dieses Eigentum ist immer noch nicht wiederhergestellt. Da ich eine ganze Menge mit der sogenannten Bodenreform zu tun habe – ich war auch an den Bodenreformprozessen beim Bundesverfassungsgericht beteiligt, jedenfalls habe ich im dritten Verfahren vor dem Gericht postuliert– ist meine feste Überzeugung: Solange diese Sache nicht in Ordnung gebracht ist, das Eigentum nicht zurück gegeben ist, ist Deutschland kein Rechtsstaat. (Applaus) Das muss ich einfach sagen, wenn ich den Namen Kohl höre. Ich habe auch den Altschuldenprozess geführt. Einer der größten Prozesse Deutschlands um die Altschulden der früheren DDR. Die beliefen sich damals insgesamt auf 500 Milliarden D-Mark, wenn man die Schulden aus den volkseigenen Betrieben mitrechnet. Ich habe für die Landwirtschaft den Verfassungsprozeß gegen die Altschulden geführt und habe für die Landwirte immerhin 10 Milliarden D-Mark verteidigt. Aber das Ganze hat insgesamt die Altschulden aufrecht erhalten. Das hat den großen Zuwachs der Staatsschulden gebracht. Wir hatten vorher etwa 30 % des Bruttosozialprodukts an Staatsschulden. Jetzt haben wir gut 60 %. Das hätte man ohne Probleme ändern können. Das Finanzministerium hat unter Theo Weigel diese Politik unterstützt. Kohl war Regierungschef. Bekanntlich sind es diese Altschulden, die wir jetzt zurückzahlen, alle. Das ist der größte wirtschaftlicher Skandal, den ich kenne. Kaum jemand hat ihn wirklich aufgegriffen, nur die FAZ hat es unter Dr. Krause in Ansätzen versucht. Das hat uns Schulden von jetzt umgerechnet etwa 250 Milliarden Euro eingebracht, die wir mit Zinsen bezahlen. Die Schulden haben wir nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts im Altschuldenurteil nur aus einem Grund: Weil der Einigungsvertrag Schäuble/Krause (dahinter stand natürlich wesentlich der Kanzler) uns diese Geldleistungspflichten auferlegt hat. Nicht weil die DDR das begründet hatte, sondern der Einigungsvertrag. Ich sehe die ganz großen Hilfen des Bundeskanzlers Kohl nicht. (Applaus)

Beitrag

Ich bin im Juni 1989 in Regensburg gewesen, zu den Berner Europatagen. Da hatte ein Herr von Heuen gefragt: „Sind wir bereit? Wenn morgen die Tür aufgeht zur DDR, sind wir darauf gerüstet?“ Und da kriegten wir die Antwort: „Nein.“ Und ich bedauere sehr, dass man den Tag der Einheit, den wir jahrelang hoch gehalten haben, einfach gestrichen hat.

Frage

Eine Frage an Herrn Nitzsche: Wie hat die junge Generation in der DDR, und insbesondere Sie, damals die Situation gesehen oder wie haben Sie es in der Schule gelernt, die Frage nach der Hauptstadt Berlin, die '48 einseitig von Bonn aufgekündigt wurde, die Frage der neuen Hauptstadt Bonn für Westdeutschland und die Frage, wie die Entwicklung überhaupt zu sehen ist. Haben Sie eine Chance gesehen für ganz Berlin, für ganz Deutschland? Sie hatten eben gesagt, dass die Oder-Neiße-Gebiete verloren gegangen sind. Das mag so sein aus Ihrer Sicht, aber völkerrechtlich ist das ja alles sehr zweifelhaft. (Applaus)

Henry Nitzsche

Ich gebe Ihnen da, völkerrechtlich gesehen, völlig Recht. Ich bin 1989 auf die Straße gegangen, weil wir im Mai 1989 Wahlen hatten. Bis dahin gab es als Wahlkabinen so einen durchsichtigen Pavillon. Wenn man da überhaupt rein gegangen ist, wurde man gleich registriert. Ich hab jahrelang immer den Wahlzettel durchgestrichen, da dadurch die Stimme nicht als Ja gewertet werden konnte, sondern als ungültig galt. Ein Nein-Feld gab es ja gar nicht. Dann hieß es 1989, dass ungültig Stimmen als Nein gewertet werden sollten. So haben viele 1989 im Mai jeden Wahlvorschlag extra durchgestrichen, und das war dann ihre Nein-Stimme. Und zack, trotzdem gab es wieder 98,5 Prozent Zustimmung, obwohl es mindest fünf Prozent Gegenstimmen gab. Und das kochte dann richtig hoch und gipfelte darin, dass wir auf die Straße gegangen sind. Das war dann eine regelrechte Revolution. Ich habe meinen Kindern gesagt: „Ihr habt keinen konservativen Vater, Ihr habt einen revolutionären Vater.“ Wir haben uns dann Armbinden gemacht, grün-weiß für die Wettiner, für Sachsen. Wir wussten allerdings nie, was oben war, grün oder weiß. Jetzt weiß ich es – weiß. Aber das war auch egal. Wir haben dann von der Volkspolizei die Megaphone bekommen, weil sich da schon andeutete, dass keiner mehr Befehlsgewalt hatte. Also erstes Anzeichen der Auflösung. Wir sind zu etwas nutze, jetzt als ostdeutsche Bundestagsabgeordnete – ostdeutsche? – jetzt verfall ich hier auch in den Quatsch, mitteldeutsche heißt das natürlich! Wir wissen wie das läuft, wenn ein Staat zugrunde geht. Sie als Professoren analysieren. Aber ich habe die Erfahrung. Ich weiß, wann ein Staat abschmiert.

Jetzt auf die Frage: Ich hab überhaupt nicht dran geglaubt, dass die deutsche Einheit kommt. Wir haben in Kamenz demonstriert, wir haben für eine bessere DDR demonstriert. Da kamen dann die ersten Fragen. Wir haben gesagt „Nein, wir demonstrieren für eine bessere DDR.“ Dabei war ich nie in einer Partei oder einer ähnlichen Organisation. Aber dann kam die Dynamik. Bei der nächsten Montagsdemo hatten wir ein Fahnenmeer. Da haben wir gesagt: „So ist es.“ Wir mussten die revolutionäre Masse abhalten, die SED-Kreisleitung zu demontieren. Die deutsche Hauptstadt war für uns als gelernte DDR-Bürger Berlin, es gab keine andere Hauptstadt, und Bonn hat keiner so richtig ernst genommen.

Ich stehe zu dem Zwölfjährigen Schulsystem. Herr Professor, sie werden mich sicherlich nicht mehr einladen, aber wir haben immer gesagt: „Die im Westen müssen 13 Jahre haben, die haben ja noch ein Jahr Schauspielunterricht. Das haben wir nicht nötig.“ Die DDR-Schulbildung war naturwissenschaftlich spitze. Und was jetzt in Deutschland rumgequakt wird wegen des Zentralabiturs: Das war selbstverständlich in der DDR. Außerdem gab es da Disziplin. Mit dem „bösen“ Frontalunterricht waren klare Lernziele verbunden. So eine Schule, wie die der Nena in Hamburg, in der jedes Schulkind sich etwas aussucht, das es lernen möchte, das gab es einfach nicht.

Veranstalter

Vielen Dank. Ich bitte Sie, solche Fragen zur Geschichte der DDR bitte hinterher Herrn Nitzsche bei unserem Empfang zu stellen. Wir sollten fragen, was man tun kann, dass wir die Zukunft meistern, statt immer nur die Vergangenheit zu bewältigen.

Herr Abgeordneter Nitzsche: Es wird immer pauschal als Problem genannt, dass es so und so viele Moscheen und 3,5 Millionen Muslime gibt, *die* Türken und *die* Araber und so weiter. Sind wir nicht in der Lage, die Probleme genauer anzusprechen? Klar zu sagen, welcher Anteil von ihnen denn Probleme macht? Wie viele sind es denn? Sind das 5.000, 50.000, 500.000? Immer nur diese undifferenzierten Problemaussagen. Haben wir denn Probleme mit denen, die zum Beispiel fleißig und ordentlich einen Gemüseladen führen, auch wenn sie nicht gut deutsch sprechen? Sind wir nicht in der Lage, auch im Bundestag, die Probleme einmal genau einzukreisen, festzustellen und dann gezielt dagegen anzugehen? Ich finde die Pauschalierungen sehr ärgerlich, weil schädlich.

Beitrag

Herr Prof. Schachtschneider: Sie hatten zu Beginn Ihres Vortrages gesagt: Man tut so, als ob. Und damit komme ich zu den Grundlagen der Bundesrepublik. Wenn man eine Anfängervorlesung in Mathematik hört, hört man eine ganze Weile erst einmal zu. In der formalen Logik wird einen eingebläut, dass

man auf einer falschen Voraussetzung keine gültige Aussage treffen kann, dass alles, was auf eine falsche Grundannahme folgt, völlig wertlos ist. Wenn nun so getan wird, als sei die Bundesrepublik ein souveräner Staat, dann müssen wir uns mal daran erinnern, dass am 23. Mai 1945 die Reichsregierung völkerrechtswidrig verhaftet wurde. Bis dahin waren die Deutschen jedenfalls rechtlich souverän.

Alles, was danach kommt, ist unter der Vormundschaft der Sieger geschehen. Und damit ist die Frage: Wie kommen wir, nachdem alles, was seitdem geschehen ist, unter der Vormundschaft der Sieger passiert ist, zu einem Rechtssystem, das auf einer gültigen Grundlage beruht?

Karl Albrecht Schachtschneider

Ich kann zu dieser mehr als schwierigen Frage nur in Kürze etwas andeuten. Zum einen dürfte der Souveränitätsbegriff sich in der gegenwärtigen Völkerrechtslehre zumindest in einem Wandel befinden. Es ist ein sehr schwieriger Begriff geworden. Die Souveränität, wie sie früher gelehrt wurde, gibt es in dieser Welt nicht mehr. Es gibt sicherlich eine Eigenstaatlichkeit und eine Eigenverantwortung des jeweiligen Volkes für seine Politik. Aber diese ist in die internationale Politik und damit in schwierige Verhältnisse eingebunden. Was bedeutet die Welthandelsorganisation für unser Leben und unser Recht? Was bedeutet die Europäische Union für die Souveränität? Ich vertrete die Auffassung, dass Deutschland, aber auch Frankreich und Italien nicht mehr wirklich souveräne Staaten sind. Wer hat die Souveränität? Die Europäische Union? Höchstwahrscheinlich. Insgesamt sind also die Dinge in Bewegung und bedürfen neuer Bestimmung. Mit den alten Begriffen kommt man nicht mehr zurecht. Mir kommt es nicht auf den alten Begriff der Souveränität an, sondern auf die existenzielle Staatlichkeit der Völker. Ich meine, dass wir die existenzielle Staatlichkeit an die Europäische Union verloren haben, ohne dass die Europäische Union die Grundvoraussetzung für die Übernahme hat, nämlich eine demokratische, originäre Legitimation. Wenn man diesen Weg gehen will, muss man die Völker fragen, ob sie diesen Bundesstaat Europa gründen wollen. Da man den Schritt aber nicht macht, ist diese Politik mehr als brüchig. Dass Deutschland nicht souverän ist, das versteht sich. Man braucht nur den 2 + 4-Vertrag und andere Regelungen anzuschauen. Ich halte das Grundgesetz für exzellent, wenn wir es auch nicht in eigener Verantwortung gemacht haben. Aber es ist viel deutscher Geist eingeflossen, insbesondere von Carlo Schmidt, aber auch von anderen Politikern.

Aber es gibt einen Bedeutungswandel des Grundgesetzes. Verschiedene Prozesse beim Bundesverfassungsgerichts gehen grade um diese Frage: Was ist eigentlich unsere eigentliche Verfassung? Doch diese sehr schwierige Problematik erfordert eine besondere Veranstaltung.

Veranstalter

Ich darf vielleicht noch eine Anmerkung zu der Frage der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches und ähnlichem machen. Es wird juristisch Korrektes gesagt, soweit ich das beurteilen kann. Nur, es ist nicht die Frage, inwieweit die heutige Bundesrepublik de jure Rechtsnachfolger ist oder nicht. Wir haben als Bundesrepublik die Möglichkeit zu handeln. Möglicherweise nur eingeschränkt, aber wir haben diese Möglichkeit. Wir hätten sogar, wie Prof. Schachtschneider gesagt hat, die Möglichkeit, damit zu drohen, die EU zu verlassen. Es hilft nichts, das schöne Spiel der Rechtsfragen zu betreiben. Wir können heute handeln, mit dem, was wir haben. Und mit dem, was wir haben, müssen wir auch handeln. (Applaus)

Frage

Eine organisatorische Frage an Herrn Nitzsche. Wir wissen ja, dass die sogenannten etablierten Parteien große Geldgeber aus der Industrie, aus der Wirtschaft haben, viele Spenden, und dass die Massenmedien ihnen zugetan sind, dass sie also vor allem eine exzellente Selbstdarstellung betreiben können. Wie schaffen Sie es, sich mit einer kleinen Wählervereinigung bekannt zu machen und zu erreichen, dass die Leute Sie überhaupt wahrnehmen? Wie gehen Sie da vor?

Henry Nitzsche

Punkt 1: Es ist nicht ganz so, dass die Medien und so weiter immer auf Seiten der etablierten Parteien sind. Es hat sich bei uns schon wieder – Verzeihung, wenn ich bei „uns“ sage – bei uns in Sachsen, Regierungsbezirk Dresden, die Einstellung ausgeprägt, Zeitung wieder wie zu DDR- Zeiten zu lesen. Also, wenn die Zeitung schreibt: „Die und die sind ganz schlimme Menschen“, sagen wir: „Aha, da muss etwas anderes dahinter stehen.“ Also, wir sind wieder misstrauisch geworden. Punkt 2: Die Tagesblätter. Wir verteilen jetzt unsere Prospekte, und da sehen wir: Die Verteilungsquote von Tageszeitungen ist auf, ich schätze, 15 Prozent bei uns gesunken. Also, ob ich drin stehe oder nicht, es bringt mir sowieso nicht viel. Aber wir stehen in den sächsischen Tageszeitungen drin, weil zum Beispiel Martin Homann bei uns eingetreten ist. Und auch über unsere Gründung und die Aktionen und Mitteilungen der Wählervereinigung wird berichtet. Punkt 3: Wir gehen auf die Mitteilungsblätter zu. Das sind die Blätter, die jeder kostenlos bekommt, jedes Wochenende. Mit ihnen lassen sich auch preiswerte Verträge abschließen, und die haben einen riesigen Verbreitungsgrad. Und außerdem gehen wir als Wählervereinigung noch direkt auf die Menschen zu. Auf der Straße, in der Kneipe, auf dem Marktplatz. Wir suchen, wie in der Wende, den direkten Kontakt. Ohne irgendwelche dazwischen geschaltete Medien.

Sehen Sie, nach westdeutschem Verständnis wäre die friedliche Revolution gar nicht möglich gewesen. Warum? Weil man nach diesem Verständnis erst einmal 10 Jahre Spenden gesammelt hätte, bis 50 Millionen zusammen gewesen wären. Danach hätte man ein Büro in Dresden oder Berlin eingerichtet, als irgendeine Partei oder ähnliches, und hätte gesagt: „So, jetzt machen wir erst einmal ein Programmchen, und dann warten wir, bis die Leute auf die Straße gehen.“ Beispiel: Eine Wählervereinigung in Bremen bei der letzten Wahl. Die haben gedacht, sie seien ganz oben, und als es nicht klappte, sagte man mir: „Wir haben zu wenig Geld gehabt.“ Ich sagte: Sie hätten 40 Millionen Euro haben können, Sie hätten auch kein besseres Wahlergebnis bekommen.“ Wir haben nämlich im DDR-Unterricht gelernt: Eine Revolution setzt eine revolutionäre Situation voraus. Leider hatten wir die in der DDR, ich hätte gerne drauf verzichtet. Ich habe jetzt jemanden aus Bayern kennengelernt, Landkreis Oberbayern, Arbeitslosigkeit zwischen 0 und zwei Prozent. Davon träumen wir. Aber bei uns geht es, obwohl so viel Geld reingeflossen ist, den Menschen schlecht. Davon profitieren die Extremen. Das geht nicht so weiter, die Leute sind hilflos, ratlos, und wir sagen, lasst uns einfach die Demokratie lebendiger machen. Wir haben Veranstaltungen, und ich wundere mich ja selbst, dass das so toll läuft. Es geht jeden Tag das Telefon und im Briefkasten finden wir Mitgliedsbeiträge. Wir sind sehr bescheiden, für uns ist nur wichtig, an den Menschen ranzukommen, klare Worte zu sagen und mit unserer alten Mentalität zu punkten. Das machen wir jeden Tag. (Applaus)

Frage

Man hört häufig in Presse von Türken mit deutschem Pass. Meine Frage: Welche Rechte haben diejenigen, die auch den türkischen Pass haben? Beim Grenzübergang von Jugoslawien nach Bulgarien habe ich folgendes erlebt: Da geht ein Grenzbeamter an der langen Schlange mit deutschen Autokennzeichen vorbei und fragt mich: „Sind sie wirklich Deutscher?“ Ich sage: „Ja“. „Ja, dann kommen Sie mal gleich nach vorne.“ So merkt man im Ausland den Unterschied zwischen den wirklichen Deutschen und den vom Pass her Neu-Deutschen. Wie ist die Rechtslage, wenn sie nun zwei Pässe haben?

Veranstalter

Zu dem Spezialfall wird es wohl jetzt keine Antwort geben.

Frage

Herr Prof. Schachtschneider, Ihre Rede hat sich für mich als eine Fundamentalkritik dargestellt. Sie lehnen sowohl das politische System der Bundesrepublik ab, als auch die europäische Union, und den Euro sowieso. Da stellt sich natürlich die Frage nach den praktikablen Alternativen. Über drei Zitate

von Ihnen würde ich gerne mit Ihnen diskutieren. Einmal haben Sie gesagt: „Deutschland ist weder ein Rechtsstaat noch demokratisch“, dann „politische Freiheit bedeutet, jeder lebt unter seinen eigenen Gesetzen“. Da frage ich mich, was meinen Sie da wirklich. Ist das praktikabel? Sodann: „Die europäische Integration dient nicht dem Frieden sondern der Macht.“ Meine Frage an Sie ist jetzt: Ist es in der heutigen Situation, angesichts einer eklatanten Dollarschwäche, nicht ein Glück für uns, dass wir den Euro haben, der sich bislang für mich als Erfolgsgeschichte dargestellt hat? Die ganzen Ängste die damals geschürt wurden in Sachen weiche Währung und ähnlichem, sind bislang nicht eingetreten. Heute klagen wir über die Stärke des Euro. Ist es nicht ein Glück, dass wir mit dem Euro eine Währung haben, die den Dollar als Weltleitwährung ersetzen kann angesichts der eklatanten Schwäche der USA, die sich aller Voraussicht nach so auch fortsetzen wird?

Karl Albrecht Schachtschneider

Das sind ja richtig schöne und schwere Fragen. Zunächst einmal zum Letzten: Ja, im Augenblick erscheint der Euro stark. Er ist sogar so stark, dass er die europäische und auch die deutsche Wirtschaft in Schwierigkeiten bringt. Die Kausalitäten sind allerdings mehr als schwer zu beurteilen. Man kann nun wirklich nicht leugnen, dass die amerikanische Wirtschaft in großen Schwierigkeiten ist, und dass wegen der hohen Beweglichkeit des Kapitals die zweite Währung der Welt, wenn man so will, jetzt der Euro, ganz erheblich davon profitiert. Wenn jemand meint, dass der Dollar eine entscheidende Umwertung, sprich Abwertung, erfahren wird, scheint mir das mehr als zweifelhaft zu sein. Das ist eine amerikanische Politik, die eine große Auswirkung auch auf den Euro haben wird. Dass Währungen Konjunkturen haben, versteht sich angesichts der Beweglichkeit der Währungen in der Welt. Ich habe überhaupt gar keinen Zweifel, dass der Euro sich auch wieder in die andere Richtung bewegen wird, was auch Vorteile für den Export hat. Sie müssen einfach sehen, dass einige Länder der Europäischen Union, die am Euro beteiligt sind, wie insbesondere Italien, aber auch mehr und mehr Spanien, Portugal sowieso, Griechenland bis hin zu Frankreich, den derzeitigen Kurs kaum noch aushalten können. In Italien ist die Situation schon mehr als prekär. Bestimmte Länder sind wegen der Stärke des Euro nicht mehr wettbewerbsfähig. Die deutsche Wirtschaft könnte das noch aushalten. Die Währungsunion ist nun einmal einheitlich, aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist mehr als unterschiedlich, sodass wir angesichts der großen, spekulativen Bewegungen am Geldmarkt, die ja der Realwirtschaft nur zu einem kleinen Prozentsatz, man spricht von 2 – 3 %, dienen, in eine mehr als prekäre Situation geraten sind. Die spekulativen Bewegungen führen zu ganz erheblichen Ausschlägen der Währungen, wie wir das gerade erleben. Ich halte trotzdem an meiner

Meinung fest, dass der Euro von der Anlage her zum Scheitern verurteilt ist. (Applaus) Sicherlich ist einer der fragwürdigsten Schritte der Kohl'schen Politik gewesen, den Euro einzuführen, wesentlich zum Schaden für ganz Europa. Wer letztlich den größten Schaden davon trägt, ist die Frage. Langsam begreifen die südeuropäischen Länder, dass sie vom Euro langfristig keinen Gewinn haben. Der Europolitik ging es um die Entmachtung der führenden deutschen Bundesbank. Jetzt hat ein Franzose den Vorsitz in der Europäische Zentralbank. Helmut Kohl ist bekanntlich damals nach Brüssel gereist, um ein ganz anderes Modell durchzusetzen. Er wollte erst die nötigen Voraussetzungen für einen Euro schaffen, bevor dieser als Währung eingeführt würde. Sie wissen vielleicht, dass ich an zwei Büchern zu der Fragestellung mitgearbeitet habe. Ich habe auch den Prozess gegen die Einführung des Euro geführt. Das Bundesverfassungsgericht hat sich, genau genommen, um eine Entscheidung gedrückt. Die Frage, welches die richtige Stabilitätspolitik und damit die richtige Währungspolitik ist, sei zwar eine Rechtsfrage, die der Eigentumsgewährleistung genügen müsse, aber es sei eine Frage die allein Parlament und Regierung, nicht aber ein Gericht zu entscheiden habe. Folglich hat das Gericht ein subjektives Recht, ein Grundrecht aus der Eigentumsgewährleistung auf verfassungs- und rechtsgemäße Stabilitätspolitik abgelehnt und damit Deutschland und Europa geschadet. Weil die Grundvoraussetzung für den Euro, nämlich die Stabilität der Beschäftigung nicht vorlag, ist der Euro ein Unglück. Zu der ganzen Frage verweise ich auf die beiden rororo-Bände „Die Euro-Klage“ und „Die Euro Illusion“ Das also zur Euro-Problematik, die mir natürlich sehr am Herzen liegt. Ich habe gar keinen Zweifel, irgendwann haben wir wieder getrennte Währungen. Ich denke, dass Italien das erste Land sein wird, das die Währungsunion verlässt, einfach weil es wegen seiner besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse schlechterdings die Währungsunion nicht durchhalten kann.

Rechtsstaat: Wir haben uns durch das Grundgesetz, Artikel 23, zur Mitwirkung in einer Europäischen Union verpflichtet, aber unter der Voraussetzung, dass diese ein Rechtsstaat ist. Aber zum Rechtsstaat, ich habe das gesagt, gehört unverzichtbar (so auch das Bundesverfassungsgericht), dass die Gesetze wesentlich parlamentarische Gesetze sind, Gesetze der unmittelbaren Vertretung des Volkes. Das ist aber nicht der Fall, weil die europäischen „Gesetze“ nun einmal von der Exekutive kommen. Das europäische Parlament ist kein Parlament. Es hat nur den Namen eines Parlaments. Im Übrigen trägt es die Gesetzgebung nicht. Die Legitimation kommt nur von den nationalen Parlamenten, die aber, so wiederum das Bundesverfassungsgericht voraussehen können müssen, welche Politik gemacht werden wird. Davon kann überhaupt gar keine Rede sein. Die Gesetzgebung ist also der Sache nach rein bürokratisch exekutiv. Die Parlamente der Völker in der Europäischen Union sind

entmachtet. Auch gerade der Deutsche Bundestag – manche Abgeordnete sind sicherlich sehr froh darüber, solange die Diäten stimmen. Das kann ich rechtsstaatlich als einer, der das demokratische Prinzip vertritt, schlechterdings nicht akzeptieren. Es kommen andere rechtsstaatliche Sorgen hinzu, insbesondere die bestimmende Rechtsmacht des Europäischen Gerichtshofs, dem jede demokratische Legitimation mangelt. Auch die Rechtssprechung muss demokratisch legitimiert sein. Ich hatte das ausgeführt. Davon kann keine Rede sein. Aber auch der Grundrechtstandard ist ganz erheblich geschädigt und er wird noch weiter geschädigt werden durch das wirklich, ich sage es sehr unfreundlich, schäbigste Grundrecht Papier, das diese Welt kennt, nämlich den Grundrechtskatalog, der jetzt durch den Lissabonner Vertrag Vertragsbestandteil werden soll. Wichtige Grundrechte stehen nicht in dieser Charta, nicht das Recht der freien Lehre, nicht das Recht auf Arbeit. Das Recht älterer Menschen auf Teilhabe am politischen Leben ist weggelassen. Die sozialen Rechte sind bloße Programmsätze. Im Kriegsfall und bei drohender Kriegsgefahr wird die Todesstrafe ermöglicht, gegen Aufstand und Aufruhr die Tötung. Die Grundrechtsdogmatik der Charta schwächt den Grundrechtsschutz. Eine Grundrechtsbeschwerde gibt es nicht. Diese Charta wird unser Leben bestimmen, schlimmer noch, die Grundrechtsverantwortung ist dem Europäischen Gerichtshof übertragen. Es gibt keinen Rechtsstaat ohne Demokratie, und grade die Demokratie leidet ganz erhebliche Not in der Europäischen Union. Sie dürfen die Macht des europäischen Gerichtshofs überhaupt nicht unterschätzen und auch nicht die Macht der europäischen Bürokratie in Brüssel. Mit Rechtsstaat, mit Demokratie, mit Sozialstaat, die das Grundgesetz will, hat das nur noch sehr wenig gemein.

Noch zu der Frage, die zu den Türken gestellt wurde: Ein großer Teil der türkischstämmigen Bevölkerung ist ja deutsch nationalisiert. Diese Türken sind de jure Deutsche mit allen Rechten und Pflichten. Anders ist es mit den türkischen Türken. Die Türkei ist nicht Mitglied der Europäischen Union, wird es aber irgendwann sein. Wenn jemand meint, dazu komme es nicht, der irrt. Die eingeleiteten Verfahren führen ohne wirkliches Hindernis zur Aufnahme der Türkei in gewisser Zeit.

Veranstalter

Entschuldigen Sie bitte. Ich glaube, gefragt war nach dem Status türkischer Deutscher, die noch den türkischen Pass behalten haben.

Karl Albrecht Schachtschneider

Das sind jetzt Deutsche. Die Frage zur unerlaubten doppelte Staatsangehörigkeit kann ich jetzt leider nicht beantworten. Türken mit erlaubter doppelter Staatszugehörigkeit müssen auch noch in der türkischen Wehrmacht dienen,

können das aber meines Wissens durch Dienst in der Bundeswehr ersetzen. Sie sind trotzdem deutsche Staatsangehörige, weil man ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit gegeben hat. Dass ich diese Politik nicht gut heiße, versteht sich. Das entscheidende Problem ist, dass sich die Bevölkerungsstruktur rasant ändert. Im Augenblick stammt ja schon ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren nicht mehr von Deutschen, sondern von Türken und anderen Einwanderern ab. Wenn wir jetzt 1,4 Kinder pro Mutter in einem bestimmten Alter haben, dann kommen zunehmend mehr aus Einwanderer-Familien. Ich denke, dass diese Veränderungen des deutschen Volkes insgesamt unser größtes Problem sind. Es hat sich gleichsam aus Versehen entwickelt. Der sehr gute Vortrag, den wir eben über die historische Entwicklung in Deutschland gehört haben, hatte ein Problem nicht angesprochen. Herr Kollege Aden hat ausgeführt, die nationale Lage ändere sich im Laufe der Geschichte, es habe immer wieder Entwicklungen zugunsten oder zulasten Deutschlands gegeben. Ja, die Frage ist heute aber: bleibt Deutschland Deutschland? Ich habe insoweit allergrößte Bedenken. Wir werden in einigen Jahrzehnten, gar nicht so vielen Jahrzehnten, Deutschland aufgrund der Bevölkerungsstruktur völlig verändert sehen. Wir sind jetzt schon nicht mehr ein rein christliches Land. Zum Teil sind wir ein muslimisches Land. Das wird sich weiter verschieben. Wir haben jetzt schon sehr viele Moscheen, und das wird auch so weiter gehen. Dann wird sich der Volkscharakter auch verändern. Ob es in Zukunft noch eine deutsche Geschichte im eigentlichen Sinne geben wird, ist zweifelhaft. Aber dafür gilt es zu arbeiten. Inwieweit der Islam dem deutschen Grundgesetz entspricht ist eine prekäre und schwierige Frage. (Applaus). Der Islam präsentiert sich auch in seiner aggressiven Form. Natürlich haben Sie Recht: Die meisten sind gar nicht daran interessiert, irgendeinen Streit zu haben. Die wollen hier in Frieden leben. Aber maßgeblich, gerade in kritischen Zeiten, sind immer die, die Politik machen, die Islamisten in gewisser Weise. Sie werden sich durchsetzen. Sie haben sich auch woanders durchgesetzt. Ich denke, es sind die allergrößten Sorgen angebracht, ob Deutschland überhaupt noch ein christliches Land bleiben wird. Ob wir noch einen Weg zu einer Politik finden, die das wieder in Ordnung bringt, ist mehr als zweifelhaft. Wenn man meint, man könne den Menschen, die hier hergekommen und aufgenommen worden sind, die deutsche Sprache aufzwingen, das deutsche Denken, die deutsche Kultur, dann ist es erstens ein Irrtum. Man wird es nicht schaffen. Zweitens ist es rechtswidrig. Es ist ganz klar, dass Minderheiten in einem Staat menschenrechtlich und völkerrechtlich das Recht haben, ihre Sprache zu sprechen. Unsere kläglichen Versuche, sie deutsch zu beschulen, stoßen an menschenrechtliche Grenzen. Das sagen nun einmal die Texte. Die Illusionen, die grade in Bayern gepflegt werden, haben genau genommen keine Chance. Türken haben einen Anspruch auf Schulunterricht in türkischer Sprache. So

sieht die Menschenrechtslage aus, da dürfen wir uns gar keinen Irrtümern hingeben. Man kann Schritte, wie sie unsere in jeder Weise leichtfertige Politik gegangen ist, eben nicht wiedergutmachen. Ich sehe auch keinen Weg, die Türken wieder in die Türkei zu schicken. Den Weg gibt es nicht, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Wer hat denn diese Politik gemacht? Und wer hat sie gut geheißen? (Applaus)

Beitrag

Ich habe aus den drei Vorträgen sehr viel gelernt und bedanke mich dafür ausdrücklich. Jedoch möchte ich anfügen: Jeder für sich genommen mag Recht haben, aber ich hätte gerne die vorgetragenen Argumente in Beziehung zueinander gesetzt. Das heißt, Recht in Beziehung zur Politik, die ja die Kunst des Möglichen ist, und die Politik wieder in Beziehung auf die tatsächlichen Machtverhältnisse. Dass Politik zum Beispiel keine moralische Veranstaltung ist oder keine Veranstaltung des öffentlichen Rechts, das können wir am Beispiel der Einführung des Euro nachweisen. Und daher ist es mir zu leicht gewogen, wenn wir gegen den Euro argumentieren. Die Frage war ja, wie kann Deutschland die Zukunft meistern. Ja, wie denn? Wenn ich der Diskussion eine Note erteilen sollte, dann wäre die Note ziemlich schlecht. Noch keiner hat die Frage gestellt: Wie lösen wir denn das demographische Problem? Oder: Wie lösen wir denn das wahnsinnig schwierige Problem, dass wir in der NATO sind, in Europa integriert, dass die stärkste und einzige Weltmacht die USA sind, aber dass wir aus nationalem und europäischem Interesse auch ein gutes Verhältnis zu Russland schaffen müssen? Ich möchte Sie mal sehen, wenn Sie sich in den Bundestag stellen und erklären: „Wir brauchen ein anderes Grundgesetz!“ Da möchte ich mal erleben, was dabei heraus kommt. Oder wenn Sie erklären „Wir treten aus der NATO aus!“ Dann sind wir morgen sofort isoliert und die Engländer und Franzosen barbieren uns über den Löffel. Ich sehe also, es bleibt noch viel zu diskutieren für den anschließenden Jahresempfang. Das geht mit mir um, seit ich mich hier in der SWG im Vorsitz betätige. Bei aller Berechtigung einzelner Teilprobleme, lässt sich letztlich alles auf die Tatsache zurückführen, dass wir keinen gemeinsamen Richtpunkt mehr haben. Ich bin sehr dankbar für die Denkanstöße, es ist aber zu wenig an Zielrichtung heraus gekommen. Dass der Herr Abgeordnete am Schluss, was kaum noch einer in Deutschland tut, sich klar zum Christentum bekannt hat, das hat mich sehr beeindruckt, ebenso sein Bekenntnis zum Vaterland. (Applaus) Was im ersten Vortrag zum Ausdruck kam: die Demokratie mit ihrer Doppelmoral, war leider sehr deprimierend. Die drei großen Werte Vaterland, Christentum, Demokratie, sind ja bei uns mehr als nur ins Wanken gekommen – unter anderem muss man sich ja nur am Sonntag im Gottesdienst die wenigen Besucher anschauen. Das ist das wesentliche Problem. Wenn es

uns nicht gelingt, die drei großen Werte wieder nach vorne zu stellen, dann können wir diskutieren bis zum Sankt Nimmerleinstag und werden zu keiner Lösung kommen. (Applaus)

Veranstalter

Herr Prof. Schachtschneider, noch eine ganz praktische Frage: Sie sagen, ein Austritt aus der EU oder damit zu drohen sei möglich, aber Alleingänge hätten keinen Sinn, denn wir müssten ja Verbündete haben. Sehen Sie Möglichkeiten, dass sich eine Koalition bilden ließe, die sagt: „So geht es nicht weiter mit der EU!“ Das betrifft zum Beispiel das Herkunftsprinzip. Es ist doch nicht einzusehen, dass zum Beispiel fremde Handwerker bei uns nach ihren Gesetzen arbeiten. Wir können ja gerne für Freizügigkeit sein. Dass sie zum Beispiel aus Polen oder Portugal bei uns arbeiten können, ist in Ordnung. Aber nur nach unseren Gesetzen, bitteschön, nach unserer Bestimmungen. Es müssten doch Koalitionen möglich sein, die sagen „So müssen wir es machen!“.

Karl Albrecht Schachtschneider

Ich halte mich an rechtliche Gesichtspunkte, Sie verstehen das, Herr Oberst. Aber Recht ist immer auch Politik. Das lässt sich nicht trennen. Ich meine sogar, dass es richtig ist zu sagen, die Politik sei im Wesentlichen ausübende Rechtslehre. Kein geringerer als Immanuel Kant hat das eingefordert. Ich bin, das haben Sie vielleicht gemerkt, Kantianer, von Kant bestimmt und geprägt. Also, es geht in erster Linie darum, Recht herzustellen. Wenn das die Aufgabe der Politik ist, so ist es ihre Pflicht, mit den Nachbarn in einem Rechtsverhältnis zu leben. Pflicht! Denn das ist der beste Weg, den Frieden völkerrechtlich zu gewährleisten, so Kant. Man versucht derzeit die Rechtlichkeit unter den europäischen Völkern durch einen Staat zu sichern, einen gemeinsamen Staat „Europäische Union“. Der hat aber ganz entscheidende Schwächen, weil er nämlich ganz wesentlich an demokratischer Legitimation, an Demokratie verloren hat. Es gibt aber keinen Rechtsstaat ohne Demokratie. Ich darf Jürgen Habermas zitieren, von dem diese Formel stammt, die auch richtig ist. Es gibt auch keinen Sozialstaat ohne Demokratie als das Movens, das Bewegende des Sozialstaats. Was mir sehr am Herzen liegt, ist die Demokratie. Aber die Demokratie ist in der konkreten Art der Integration verloren gegangen. Ich argumentiere keineswegs gegen die europäische Einheit oder die Integration. Es geht um die Art und Weise. Es muss eine Integration sein, die die Grundprinzipien aufrechterhält, das heißt: Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat und auch substantielle Grundrechte. Davon haben wir uns weit entfernt, und es wird noch weiter gehen mit zunehmender Beschleunigung, denke ich. In diesem Großstaat Europa werden genau diese europäischen Grundwerte unter die Räder kommen, soweit sie es nicht schon sind. Deswegen bleibt nur ein

Weg, dass einzelne Staaten sagen „So nicht mehr, sonst scheiden wir aus.“ Wenn Deutschland das sagen würde, gäbe es ganz schnell Änderungen, Änderungen, die uns wieder zurückführen könnten auf die, wie ich es nennen möchte, christliche, das heißt gleichzeitig: aufklärerische, europäische Kultur. Ich hatte ja die Enzykliken des Papstes hervorgehoben. Was mir vorschwebt, ist letztlich ein im Grunde christliches Europa, das niemanden zu einem Glauben zwingt. Anbindung an höhere Mächte und an Werte ist engstens verbunden mit Rechtlichkeit. Rechtlichkeit gibt es nicht ohne die politische Freiheit, die ich angesprochen habe. Wenn man diese wiederherstellen will, dann bleibt nichts anderes übrig, als zu sagen: So nicht, wir scheiden aus. Besser wir machen das jetzt!

Aber ich sehe dafür auch wenig Realisierungsmöglichkeiten in der gegenwärtigen politischen Landschaft. Trotzdem: Besser, wir machen es jetzt, als nach dem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems. Selbst, wenn der Euro im Augenblick stark ist, dieses Wirtschaftssystem hat in dieser Weise weltweit keine Überlebenschance, vor allem aufgrund der Verkehrsfreiheit des Kapitals. Jetzt ist die Kapitalverkehrsfreiheit ein Thema geworden, aber wir haben sie. Der Staat hat die Hoheit über die Wirtschaft aus der Hand gegeben. Wenn das nicht korrigiert wird, wird unser Wirtschafts- und Sozialsystem und mit diesem der Rechtsstaat und die Demokratie zusammenbrechen, meines Erachtens in einer wenig erbaulichen Weise, und wir werden als Ergebnis „diktatorischer Verhältnisse anderer Art“ erleben. Ich benutze das Wort Diktatur ungern, weil es eine römische Institution war, die nur für eine bestimmte Zeit, für ein halbes Jahr jeweils, einem Konsul außerordentliche Befugnisse einzuräumen erlaubt hat, um eine Notlage zu überwinden. Sagen wir besser despotische Verhältnisse, der eigentliche Ausdruck, der sehr viel besser passt. Wenn wir Freiheit und Recht verteidigen wollen, dann geht das nicht in dieser Form der Europäischen Union. Wir müssen sie ändern. (Applaus)

Frage

Herrn Prof. Schachtschneider, Sie empfehlen zur Lösung der anstehenden Probleme in der EU, da einfach auszuschneiden. Meine Frage ist: Lässt es die Feindstaatenklausel überhaupt zu, dass wir dort aussteigen? Russland hat erst kürzlich in Annäherung an die Feindstaatenklausel Konten der Lufthansa gesperrt, als es um den Streit über die Überflugrechte ging. Außerdem: Könnten wir uns finanziell überhaupt den Ausstieg aus der EU leisten?

Karl Albrecht Schachtschneider

Die sehr spannende Frage hat ja drei Aspekte. Wirtschaftlich gibt es meines Erachtens gar kein Problem. Wenn wir aus der Europäischen Union ausscheiden, hat sich die Weltwirtschaftslage überhaupt nicht geändert. Das Interesse

an den Leistungen der deutschen Wirtschaft, dem Maschinenbau etwa, bleibt unverändert. Wir haben doch in der Welt nicht gewisse wirtschaftliche Möglichkeiten aus politischer Korrektheit, sondern wir haben sie wegen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten, wegen der besonderen Leistungen bestimmter Industrien unserer Wirtschaft. An diesen Produkten bleibt die Welt nach wie vor interessiert. Wenn wir die Europäische Union verlassen, ist die Welthandelsorganisation nicht verändert. Die wirtschaftliche Freizügigkeit verdanken wir im Wesentlichen der Welthandelsorganisation mit den entsprechenden Verträgen, die uns auch schützen. Die Wirtschaftslage würde sich im Wesentlichen nicht verändern.

Die Feindstaatenklausel ist eine mehr als spannende Frage. Ich selbst habe ja sozusagen das Recht, die Europäische Union zu verlassen, erobert. Bis zum Maastricht-Prozess war es Stand der Dinge, dass die Union unumkehrbar sei – das war ja Kohls Lieblingsausdruck. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn eines Besseren belehrt und auf meine Anträge hin klipp und klar gesagt, dass Deutschland (Applaus) durch *actus contrarius*, also durch gegenläufigen Akt, jederzeit ohne irgendwelche materiellen Voraussetzungen die Europäische Union verlassen, also jederzeit die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beenden kann. Ich bin der Meinung: mit zwei Drittel Mehrheit im Bundestag und Bundesrat, während das Bundesverfassungsgericht und viele andere jetzt der Meinung sind: mit einfacher Mehrheit. Wenn wir allerdings diesen Schritt machen und die Europäische Union zu verlassen gedenken, ist das möglicherweise ein Kriegsfall. Das muss man in Rechnung stellen. Dann kommt die Feindstaatenklausel zur Wirkung. Die besteht und wird weiterhin bestehen. Dass Deutschland nicht souverän ist, solange die Feindstaatenklausel besteht, versteht sich von selbst. Deswegen besteht sie ja und deswegen wird die Integration alternativlos vorangetrieben. Die Europäische Union ist auch eine Lösung des Problems, dass mit der Feindstaatenklausel geregelt ist. Ob aus den bewussten Gründen oder nicht – noch ist es unserer Politik nicht gelungen, die Feindstaatenklausel zu beseitigen. Sie dürfte auch der wesentliche Grund sein, warum Deutschland nicht als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat aufgenommen wird. Ich würde auch, wenn es nicht sehr schonend, sehr vorsichtig gemacht wird, am besten durch Änderungen der Verträge, befürchten, dass man es Deutschland nicht zugesteht, aus der Einfriedung durch die europäische Integration auszubrechen. Der Grund ist klar: Es gibt keine europäische Integration ohne Deutschland. Deutschland liegt mittendrin. Es gibt überhaupt keine Weltpolitik ohne Deutschland gegen Deutschland. Deswegen muss Deutschland eingebunden sein. Das Beste ist doch, wenn Deutschland als Deutschland einfach verschwindet. In diese Richtung gehen viele politische Bemühungen. Ich bemühe mich in die andere Richtung. (Applaus) Ich glaube, Sie auch. Das ist unsere historische

Aufgabe. Das ist die historische Aufgabe. Dafür müssen wir eine ganze Menge ertragen. Aber man muss auch verstehen, dass die Regierungspolitik weniger sagen kann, als ich sage. Dass man Forderungen stellt, die auch rechtlich begründet sind, diese aber vom Bundesverfassungsgericht nicht erfüllt werden, kann auch weltpolitischer Rücksichtnahme sein. Dafür habe ich begrenztes Verständnis, bitte aber auch zu verstehen, dass mein Impetus einzig und allein das Rechtsprinzip ist, nichts anderes. Nur das Rechtsprinzip. Ich bin völlig zufrieden, wenn wir im Recht leben können. Frei eben, gleich und brüderlich. Wir brauchen keine andere Aufgabe für Deutschland. Wenn die Deutschen und alle Menschen, die im Lande leben, im Recht leben, dann habe ich mein Ziel erreicht. Bloß entfernen wir uns leider davon zunehmend weiter und weiter. (Applaus)

Frage

Die informative Diskussion habe ich sehr dankbar verfolgt. Meine erste Frage betrifft die Währungsunion mit der ehemaligen DDR. Da ist so einiges schief gelaufen. Herr Pöhl von der Bundesbank ist überhaupt ignoriert, gar nicht hinzugezogen worden. Das hätte sich ein Herr Erhardt nicht gefallen lassen. Die zweite Frage: Das Veto-Recht in der Europäischen Union mit 27 Nationen verhindert doch manche Entscheidung. Ich bin der Meinung, dass dadurch die Europäische Union erpressbar wird. (Auch das Veto-Recht der fünf ehemaligen Siegermächte im Sicherheitsrat der UNO ist für mich ein Unding.) Dritte Frage: Wir haben die KSZE-Konferenz in Helsinki mit Helmut Schmidt aus der Taufe gehoben, und trotzdem hat man es nicht geschafft, die Konflikte auf den Balkan friedlich zu lösen. Warum hat da nicht eine einzige Konferenz vor dem Balkan-Krieg stattgefunden?

Karl Albrecht Schachtschneider

Dieser Schritt zur Währungsunion war ein schwerer Schaden für die neuen Länder. Durch den Wechselkurs, den man festgelegt hat, hatten sie keine Chance, sich in irgendeiner Weise wirtschaftlich zu behaupten. Aber das ist aus Rücksicht auf die Menschen gemacht worden, auf die Rentner, viele Menschen, die Leistungen erreicht haben, die für sie sehr viel günstiger waren als auf einem anderen Weg. Aber für die Wirtschaft der neuen Länder war die Währungsunion schlicht und einfach verheerend. Die neuen Länder sind trotz allen Straßenbaus, trotz aller Infrastruktur, die geschaffen wurden, deindustrialisiert worden. Auch durchaus im Interesse der Industrien in der alten Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern. Ich habe einiges versucht zu tun, gerade im Altschuldenprozess, um diesen Schaden zu verringern; ich hatte es ja schon angedeutet, um welches Volumen es sich insgesamt gehandelt hat. Es ist nicht gelungen, den Schaden aus den Altschulden

zu beseitigen, weil insoweit auch kein Rechtsschutz gegeben wurde. Auch für die Schulden, die wir alle zu tragen haben, was in etwa 250 Milliarden Euro, abgesehen von den Zinszahlungen, ausmacht, ist die deutsch-deutsche Währungsunion von entscheidender Bedeutung.

Nun zum Veto-Recht auf europäischer Ebene: So ist es ja nicht. In welchem Bereich soll es das Veto-Recht geben? Auf europäischer Ebene, meinen Sie? Nein, so ist es überhaupt nicht mehr. Die Einigkeit, ein Konsens, ist ja nur noch in ganz wenigen Politikbereichen erforderlich, und der ist meist auch nur nötig, wenn die Staats- und Regierungschefs zuständig sind, die ihre Wege haben, zum Konsens zu kommen. Da fließen dann regelmäßig Gelder. Griechenland stellt sich immer auf die Hinterbeine und nötigt dadurch Zahlungen ab. Das machen andere Länder auch sehr erfolgreich. Polen hat das jetzt auch praktiziert. Praktisch kommen die Staats- und Regierungschefs immer zu einem Konsens. Da liegt überhaupt nicht das Problem. Im Übrigen geht es nach dem Mehrheitsprinzip – das wird jetzt ein wenig verändert, aber nicht wirklich relevant – und man schafft die Mehrheiten, die man will, ohne große Schwierigkeiten. Es gibt ja auch das Instrument der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Wenn nicht alle mitziehen, dann machen es einige wenige, und die anderen folgen nach. Im Wesentlichen wird das durch Geldzahlungen an die kleinen Staaten bewirkt, die ihr „Nein“ einsetzen, um Sonderleistungen aus den Fonds oder in anderer Weise zu bekommen. Genau genommen gibt es, außer in wenigen Bereichen, kein Prinzip, dass die 27 Mitgliedstaaten zustimmen müssen. Ein wirkliches Hindernis für die europäische Politik ist das nicht.

Außerdem hatte ich angedeutet, dass wenn die Staats- und Regierungschefs oder die Minister im Rat nicht weiterkommen, der Europäische Gerichtshof die gewünschte Politik weiterführt. Ich kann Ihnen Hunderte von Fällen zeigen, in denen die Schwierigkeit, politische Einigkeit zu erzielen, durch einen Rechtsspruch, einen sogenannten Rechtsspruch, des Europäischen Gerichtshofs ersetzt wird. Die Maschine ist gut geschmiert.

Dann die letzte Frage zur KSZE: Diese Institution ist relativ schwach. Sie hat nicht die große Bedeutung, die vielleicht wünschenswert wäre. Aber das ist ein Thema für sich. Die Fragwürdigkeit des Balkan-Kriegs zu erörtern, erforderte ein eigenes Seminar.

Henry Nitzsche

Noch eine kurze Anmerkung: Es wurde vorhin die interessante Frage gestellt, was Deutschland verloren gehe, wenn wir aus der EU austräten. Ich war zwei Jahre lang stolzes ordentliches Mitglied im Europa-Ausschuss und habe dort meine Ohren aufgesperrt. Zu vorgerückter Stunden kann ich jetzt einmal ein kleines Beispiel aus der untergegangenen DDR bringen, das eng mit

dieser Frage zu tun hat. Es gab in der DDR das Konsum-Prinzip: Hatte ich drei Kirschbäume im Garten und habe Sonntagabend zwei Eimer Kirschen gepflückt, dann habe ich diese zwei Eimer am nächsten Morgen in den nahe gelegenen Konsum-Verkauf getragen und je Kilo 4,20 DDR-Mark bekommen, je Kilo. Diese Kirschen wurden dann vorne in der Geschäftsstelle preisgestützt für 1,20 Mark verkauft! Dieses Prinzip war übrigens ein Grund, warum die DDR eingegangen ist, denn die meisten haben die Kirschen vorne für 1,20 gekauft und in der nächsten Annahmestelle für 4,20 abgegeben. Was hat das jetzt mit der EU zu tun? Viel. Ich habe das vielen westdeutschen Kollegen bildlich erklärt, die haben gesagt: „Da muss ja ein Staat eingehen.“ Richtig. Entsprechend geht es bei den EU-Zahlungen zu. Die EU-Förderperioden haben einen 7-Jahre-Rhythmus. Wir bezahlen pro Jahr 20 – 24 Milliarden. Große Preisfrage: Wie viel bekommen wir pro Jahr zurück? Pro Jahr können wir 3 – 3,2 Milliarden nach Deutschland zurück erhalten. In den 7 Jahren der Förderperiode kommen also etwa 24 Milliarden zurück. Wir zahlen somit an die ärmeren Mitglieder der EU sieben Jahre lang pro Jahr etwa 20 Milliarden. Das macht 140 Milliarden pro Förderperiode. Was verliert Deutschland also beim Austritt aus der EU? Ich weiß es nicht. Aber ich weiß, dass es gleichzeitig gewinnt, zumindest viel Geld.

Noch einmal zur Demokratie. Ein junger Mensch hat vorhin eine richtig schöne Frage zur Demokratie in unserem Staat gestellt. Wie sieht sie praktisch aus? Wenn Sie die Geschäftsordnung des deutschen Bundestages lesen, stellen Sie fest: Beschlüsse sind nur gültig, wenn eine relative Mehrheit der Abgeordneten anwesend ist. Das heißt: bei 614 Mitgliedern des Deutschen Bundestages müssen mindestens 308 Mitglieder präsent sein. Mindestens die Hälfte aller Beschlüsse im Deutschen Bundestag sind aber mit weniger als mit 50 Mitgliedern gefasst worden. Warum? Ich habe das bei meiner letzten Rede über das Bundespolizeigesetz am 28. Januar dem Präsidenten gesagt. Ich sagte „Im Übrigen, Herr Präsident, ist das Plenum beschlussunfähig. Wir sind jetzt 32 Mitglieder im Deutschen Bundestag.“ Das ist übrigens so ab Donnerstagmittag üblich. Und wissen Sie warum das so ist? Weil ich als einzelner Bundestagsabgeordneter im Gegensatz zu den Landtagen in allen 16 Bundesländern nicht das Recht zur Feststellung der Beschlussfähigkeit habe. Im Deutschen Bundestag – das zu Ihrer Demokratiefrage – haben das Recht zur Feststellung der Beschlussfähigkeit nur Fraktionen oder 20 Angeordnete insgesamt. So sagte ein Kollege der FDP: „Ach, Sie können die Beschlussfähigkeit ja gar nicht feststellen.“ Ich habe dann gesagt: „Ich habe leider nur ein DDR-Abitur, aber trotzdem bin ich noch fähig, bis 308 zu zählen, Herr Präsident.“ So hatte ich es wenigstens im Protokoll. Ich frage ich mich deshalb wirklich, wo die festgeschriebene, manifestierte Demokratie ist. Das ist für mich die Frage nach Kaisers neuen Kleidern. (Applaus)

Veranstalter

Sehr verehrte Damen, meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Geduld beim Zuhören und für die Beharrlichkeit, mit der Sie auch gefragt haben. Ich danke den Herren Vortragenden, dass sie die weiten Wege auf sich genommen haben, und dass sie ebenfalls sehr geduldig waren. Ich stelle mit großer Beruhigung fest, dass es hier in diesem Kreis im Wesentlichen nur um die Frage nach Einigkeit und Recht und Freiheit ging. Um nichts anderes. Keine großen Weltveränderungen, sondern nur Einigkeit und Recht und Freiheit. Aber wir müssen leider feststellen, dass das größte Problem dabei wir selbst sind. Sowohl als Volk, als auch als Staat. Ich kann nur hoffen, dass wir zum Beispiel in der EU auch tatsächlich Verbündete finden, die das genauso sehen, wie Sie, Herr Prof. Schachtschneider, und dass wir wieder zu Recht und Freiheit kommen. Vielen Dank.

Jetzt ist anschließend der Empfang und danach sehen wir uns dann in ein oder zwei Monaten wieder, die Weithergereisten im nächsten Jahr. Ich bedanke mich sehr! (Applaus)